

Niederschrift
der 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 08.06.2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:15 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Herr Sebastian Lange

Mitglieder

Herr Jens Kühnel ab 17:02 Uhr
Frau Josefine Kümpers
Herr Tino Rietesel
Frau Brigitta Tornow

Vertreter

Frau Doreen Breuer Vertretung für Herrn Mathias Reeck
Frau Kerstin Friesenhahn Vertretung für Herrn Thoralf Pieper
Herr Thomas Haack Vertretung für Frau Sabine Ehlert
Frau Anne Zabel Vertretung für Herrn Peter Paul

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Frau Petra Breuer
Frau Silvia Hacker-Hübner
Herr Tino Krusch
Herr Yones Seoudy

Gäste

Frau Hildegard Koepe
Frau Manja Myrre-Kohlenbrenner
Frau Dr. Hannah Reuter
Frau Einbeck

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung am 16.03.2021
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Gendergerechte Beschilderung
- 4.2** Zutrittskampagne "Assistenzhund Willkommen" - Pfotenpiloten
- 4.3** Antrag zur Änderung der Stadtverordnung über das Führen von Hunden in der Hansestadt Stralsund (Stralsunder Hundeverordnung vom 10.11.2011)
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0053/2021
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den 2. Stellvertreter der Ausschussvorsitzenden, Herrn Lange, geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung am 16.03.2021

Die Niederschrift der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Gendergerechte Beschilderung

Frau Kümpers nimmt Bezug auf die Beantwortung ihrer kleinen Anfrage zur Bürgerschaftssitzung am 20.05.2021 durch Frau Hacker-Hübner als Gleichstellungsbeauftragte. Diesbezüglich erkundigt sie sich, welche rechtlichen Aspekte gegen die gendergerechte Anpassung der Homepage der Hansestadt Stralsund sprechen.

Frau Hacker-Hübner merkt an, dass es diesbezüglich keine bundeseinheitliche Schreibenweisung gibt und erfragt konkrete Vorstellungen. Sie teilt zudem mit, dass die Thematik innerhalb der Verwaltung diskutiert wurde. Sie geht auf die weitreichenden Anpassungserfordernisse bei stringenter Umsetzung und deren haushalterische Auswirkungen ein.

Herr Haack bestätigt, dass derzeit größere Probleme zu behandeln sind. Außerdem besteht in weiten Kreisen Unkenntnis über die Bedeutung des Gendern. Er stellt in Frage, ob Stralsund Vorreiter in der Umsetzung des Gendern sein soll, obwohl noch nicht einmal Begrifflichkeiten definiert sind bzw. rechtliche Vorgaben vorliegen. Die Thematik sollte erst behandelt werden, wenn es Grundlagen dafür gibt.

Herr Kühnel erfragt ebenfalls die rechtliche Grundlage. Er weist darauf hin, dass das Gendern den Lehrplänen und dem Duden entgegensteht. Herr Kühnel sieht keine Diskussionsgrundlage.

Frau Kümpers meint, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger die Umsetzung der von Frau Hacker-Hübner genannten Anpassungserfordernisse wünschen. Sie erinnert an die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten nach Kommunalverfassung. Nach Auffassung von Frau Kümpers sollte die Gleichstellungsbeauftragte lösungsorientiert Wege aufzeigen, wie eine Umsetzung erfolgen kann. Als Möglichkeiten der Ausführung führt Frau Kümpers das Gender-Sternchen und die Gender-Gap an.

Zur Wortmeldung von Herrn Haack entgegnet sie, dass die Zeit der Umsetzung gekommen ist und Stralsund durchaus vorweg gehen sollte.

Herr Haack stellt klar, dass Frau Hacker-Hübner durch die Bürgerschaft zur Gleichstellungsbeauftragten und nicht zur Genderbeauftragten bestellt wurde. Aus seiner Sicht sollte die Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt nicht geführt werden.

Frau Hacker-Hübner teilt mit, dass sie unabhängig von der Bestellung durch die Bürgerschaft Beschäftigte der Hansestadt Stralsund ist und somit auch den arbeitsvertraglichen Bestimmungen unterliegt.

Die Gleichstellungsbeauftragte berichtet aus Gesprächen mit dem Bunter Anker e.V. und der „Initiative Queer!“. Demnach wird die Einführung der Gendersprache nicht als vordergründiges Thema angesehen. Sie regt an, diese Gruppen zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen.

Frau Hacker-Hübner macht deutlich, dass sie sich nicht gegen eine gendergerechte Beschilderung ausspricht. Die finalen Entscheidungen treffen jedoch der Oberbürgermeister und die Bürgerschaft. Für die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind die Bundes- und Landespolitik gefragt. Frau Hacker-Hübner signalisiert seitens der Verwaltung die Dialogbereitschaft bei Detailfragen.

Frau Kümpers erfragt erneut, welche Regelung die korrekte Abbildung der Geschlechter verhindert.

Herr Seoudy verweist auf das Erfordernis, leichte Sprache zu verwenden. Die Verwendung des Gender-Sternchens entspricht nicht der deutschen Rechtschreibung und Grammatik. Die Hansestadt Stralsund ist bestrebt, aus sprachwissenschaftlicher und rechtlicher Sicht alle Geschlechter abzubilden. Konkrete Regelungen müssten vom Bund vorgegeben werden.

Herr Lange stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und beendet den TOP.

zu 4.2 Zutrittskampagne "Assistenzhund Willkommen" - Pfotenpiloten

Gäste: Frau Dr. Hannah Reuter, Frau Manja Myrre-Kohlenbrenner

Nach kurzer persönlicher Vorstellung gibt Frau Dr. Reuter einen Überblick über das Konzept assistenzhundfreundliche Kommune. Das Konzept ist leicht und ohne großen finanziellen Aufwand umsetzbar.

Grundlage wäre ein klares positives Statement der Kommune zur Zutrittskampagne „Assistenzhund Willkommen“. Dies bedeutet, dass Assistenzhunden uneingeschränkt Zugang zu allen kommunalen Einrichtungen gewährt wird.

Frau Dr. Reuter betont die Bedeutung der nachhaltigen Positionierung der Kommunen. Sie würde es begrüßen, die Hansestadt Stralsund zeitnah auf die Karte der assistenzhundfreundlichen Kommunen zu nehmen.

In einem nächsten Schritt würden alle kommunalen Einrichtungen mit einem Aufkleber „Assistenzhund Willkommen“ gelabelt, um der Öffentlichkeit zu signalisieren, dass der Assistenzhund ein Hilfsmittel ist und nicht in die Kategorie „Hunde verboten“ zählt.

Frau Myrre-Kohlenbrenner führt aus, dass die Visualisierung zur Akzeptanz beiträgt, da die Thematik Assistenzhunde weitgehend unbekannt ist. Sie weist zudem darauf hin, dass vielen Personen, die in Begleitung eines Assistenzhundes sind, eine Behinderung nicht anzusehen ist.

Es ist aus Sicht von Frau Myrre-Kohlenbrenner wichtig, Barrieren abzubauen, bevor in naher Zukunft eine Gesetzesänderung in Kraft tritt.

Frau Dr. Reuter macht deutlich, dass der rechtliche Rahmen geschaffen wird. Gleichwohl ist es ebenso wichtig, die Barrieren in den Köpfen abzubauen.

Durch den gut sichtbaren Aufkleber würde auf die Thematik aufmerksam gemacht. Zudem wären die Mitarbeitenden in den Kommunen entsprechend zu schulen. Die Pfotenpiloten halten entsprechendes Schulungsmaterial vor.

Frau Dr. Reuter macht darauf aufmerksam, dass die Hausordnungen in den kommunalen Einrichtungen adäquat angepasst werden müssten. Für die öffentliche Wahrnehmung der Thematik eignen sich Aktionstage vor Ort. Die Pfotenpiloten bieten diesbezüglich Unterstützung an.

Frau Myrre-Kohlenbrenner erklärt, dass es auch wichtig ist, die Gewerbetreibenden zeitnah zum Thema Assistenzhunde zu sensibilisieren, da diese ab 01.07.2021 verpflichtet sind, Assistenzhunden den Zugang zu gewähren.

Um aufzuklären und unnötige Diskussionen zu vermeiden, sollte die Kommune nach Auffassung von Frau Dr. Reuter und Frau Myrre-Kohlenbrenner vorgehen. Das Informationsmaterial wird durch die Pfotenpiloten kostenlos zur Verfügung gestellt.

Herr Lange dankt für die Ausführungen. Innerhalb der Fraktion DIE LINKE hat die Initiative für Begeisterung gesorgt.

Frau Tornow teilt mit, dass sie keine Vorkenntnisse hinsichtlich der Assistenzhunde hatte. Der Informationsfilm hat diesbezüglich entsprechend aufgeklärt.

Frau Tornow erfragt die Regelung der Beseitigung von Hundekot bei Blindenführhunden.

Frau Dr. Reuter informiert, dass die Halter von Blindenführhunden von der Beseitigungspflicht befreit sind. Zudem setzen diese Hunde im Geschirr keinen Kot ab. Da Blindenführ- und Assistenzhunde im Geschirr oder an der Leine tatsächlich arbeiten, ist es enorm wichtig, dass für diese Hunde der Freilauf geregelt ist.

Frau Kümpers geht auf die Gesetzesnovellierung ein und weist darauf hin, dass dem entgegenstehend in Stralsund noch ein Leinenzwang besteht.

Frau Myrre-Kohlenbrenner berichtet, dass Assistenzhunde ab 01.07.2021 überall Zutritt haben. Im nächsten Schritt müssen Standards in Rechtsverordnungen verankert werden.

Frau Zabel erkundigt sich nach Erkennungsmerkmalen der Assistenzhunde.

Frau Myrre-Kohlenbrenner erläutert, dass die Hunde an der Kenndecke oder an einem Halstuch mit der Aufschrift „Assistenzhund“ zu erkennen sind. Zum Nachweis regt sie an, sich das erforderliche ärztliche Attest zeigen zu lassen. In einigen Jahren wird es entsprechende Ausweise zum Nachweis geben.

Frau Dr. Reuter ergänzt, dass die Standards erst in der Entstehung sind.

Die Behindertenbeauftragte der Hansestadt Stralsund, Frau Breuer, nimmt Bezug auf die vorherigen Ausführungen. Sie hält das Projekt für sinnvoll und signalisiert ihre Unterstützung. Frau Breuer bestätigt den Aufklärungsbedarf.

Auf Nachfrage von Frau Kümpers erklärt Frau Breuer, dass für die Aufklärung unterschiedliche städtische Medien genutzt werden. Nachfolgend gibt sie einen kurzen

Überblick zur Normenhierarchie. Im letzten Schritt sind die kommunalen Satzungen anzupassen.

Herr Lange stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und regt an, die Thematik in den Fraktionen ausführlich zu debattieren.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

**zu 4.3 Antrag zur Änderung der Stadtverordnung über das Führen von Hunden in der Hansestadt Stralsund (Stralsunder Hundeverordnung vom 10.11.2011)
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0053/2021**

Herr Lange leitet kurz in den Tagesordnungspunkt ein.

Frau Kümpers beantragt das Rederecht für Frau Einbeck.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Frau Einbeck teilt mit, dass sie sich an den Verein Pfotenpiloten gewandt hatte, da sie in Stralsund auf Schwierigkeiten gestoßen ist. Antworten auf Nachfragen bei der Behindertenbeauftragten der Hansestadt Stralsund waren für sie nicht zufriedenstellend. Frau Einbeck berichtet aus dem Ausschuss für Sicherheit und Ordnung und die daraus hervorgegangenen positiven Ergebnisse. Sie bestätigt die Unkenntnis der Mitbürgerinnen und Mitbürger hinsichtlich der Thematik Assistenzhunde.

Herr Lange dankt für die Ausführung. Aus seiner Sicht wird die Bedeutung der Thematik umso mehr verdeutlicht.

Frau Kümpers führt aus, dass die städtische Verordnung bereits jetzt gegen die Landesverordnung verstößt. Nach ihrem Kenntnisstand beabsichtigt die Verwaltung, vorerst keine Änderungen vorzunehmen. Vielmehr soll über die Öffentlichkeitsarbeit agiert und aufgeklärt werden. Frau Kümpers meint, dass die städtische Verordnung ohne viel Aufwand geändert werden kann.

Frau Friesenhahn berichtet ebenfalls aus dem Ausschuss für Sicherheit und Ordnung. Demnach sollte die Thematik in den Fraktionen besprochen werden. Außerdem hat Herr Tanschus darüber aufgeklärt, warum die Anpassung nicht vorgenommen wird. Im kommenden Jahr soll eine generelle Überarbeitung erfolgen.

Frau Kümpers spricht sich aufgrund der bestehenden Möglichkeit für eine Änderungsverordnung aus, zumal nur zwei Worte zu ergänzen sind.

Herr Krusch bedankt sich bei Frau Einbeck für das Einbringen ihres Anliegens. Die Ausführungen zeigen auf, dass es sich weniger um ein rechtliches, sondern vielmehr um ein gesellschaftliches Problem handelt.

Zur rechtlichen Situation führt Herr Krusch aus, dass die Hundeverordnung der Hansestadt Stralsund auf Grundlage der Hundehalterverordnung M-V existiert.

Nach erfolgter rechtlicher Prüfung ist festzuhalten, dass in der LandesVO ein Ausnahmetatbestand geregelt ist. Daraus resultiert, dass sich der Leinenzwang für Assistenzhunde nach städtischer Verordnung nicht entfaltet und diese in der Altstadt, auf der Hafensinsel, an der Sundpromenade und in der Brunnenau ohne Leine geführt werden dürfen. Dies wurde in einer Pressemitteilung klargestellt.

Die Hundehalterverordnung M-V läuft im kommenden Jahr aus. Es kann davon ausgegangen werden, dass massive Veränderungen vorgenommen werden. Da die Hundehalterverordnung M-V rechtliche Grundlage für die städtische Hundeverordnung ist,

soll diese ebenfalls komplett überarbeitet und an die neue Rechtsgrundlage angepasst werden. Sofern der Entwurf der LandesVO vorliegt, wird die städtische VO angepasst. Herr Krusch stellt klar, dass Halter von Assistenzhunden keine Repressalien von Seiten der Polizei oder des Ordnungsamtes zu erwarten haben.

Um Verwirrungen zu vermeiden, sollte nach Auffassung von Frau Kümpers der erforderliche Aufwand auch für einen begrenzten Zeitraum betrieben werden.

Frau Friesenhahn weist darauf hin, dass auf der Homepage der Hansestadt Stralsund öffentlichkeitswirksam über die geltenden Regelungen informiert wird. Sie beantragt, den Antrag zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Frau Einbeck bittet, die Information auf der städtischen Homepage barrierefrei zur Verfügung zu stellen.

Herr Lange stellt die Verweisung des Antrages zur Beratung in die Fraktionen zur Abstimmung.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Herr Lange beendet den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Frau Friesenhahn geht auf einen Artikel der Ostsee-Zeitung ein, wonach in der Hansestadt Stralsund ein Überangebot an Kita-Plätzen bestehen soll.

Zudem erkundigt sie sich nach dem Sachstand hinsichtlich des Asylbewerberheimes auf dem Dänholm.

Des Weiteren sieht Frau Friesenhahn Informationsbedarf zum Obdachlosenheim, insbesondere zum Probewohnen in Zweibettzimmern.

Herr Lange bittet die Geschäftsführung des Ausschusses, die Themen bei der nächsten Tagesordnung zu berücksichtigen.

Der 2. Stellvertreter der Ausschussvorsitzenden gibt eine Information der Senatorin und 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters, Leiterin Amt 70, Frau Dr. Gelinek, weiter. Demnach findet in diesem Jahr ein SommerCamp statt. In den Sommerferien werden diverse Workshops organisiert. Es werden noch Lehrkräfte gesucht, die Schülerinnen und Schülern in einem interessanten Rahmen helfen, Lerndefizite wieder auszugleichen. Nähere Informationen stehen auf www.stralsund.de/SommerCamp zur Verfügung.

Da für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf signalisiert wird, dankt Herr Lange für die Mitarbeit und beendet die Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung.

Die übrigen Tagesordnungspunkte entfallen somit.

gez. Sebastian Lange
2. stellvertretender
Ausschussvorsitzender

gez. Steffen Behrendt
für die Protokollführung